

Lenel, Hans Otto

Article — Digitized Version

Zur Problematik der Verwendung einfacher keynesianischer Modelle

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lenel, Hans Otto (1981) : Zur Problematik der Verwendung einfacher keynesianischer Modelle, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 8, pp. 411-416

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135593>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Problematik der Verwendung einfacher keynesianischer Modelle

Hans Otto Lenel, Mainz

Professor Alois Oberhauser wies vor einiger Zeit in der FAZ darauf hin, daß es nicht erfolgversprechend sei, durch Nominallohnerhöhungen eine andere Verteilung des Sozialprodukts zu versuchen. Professor Hans Otto Lenel teilt diese Auffassung, ihn überzeugt jedoch Oberhausers Analyse nicht, die für ihn ein gutes Beispiel für die Problematik der Verwendung einfacher keynesianischer Modelle ist.

Mit seinem Aufsatz „Die Irrtümer der Nominalpolitik“ in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24. April 1981 hat Alois Oberhauser darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht erfolgversprechend ist, durch Nominallohnerhöhungen eine andere Verteilung des Sozialprodukts zu versuchen. Ich halte das für zutreffend. Richtig ist auch der Hinweis auf die Nachteile, die den Arbeitnehmern in ihrer Eigenschaft als Besitzer von Geldvermögen durch die inflationären Wirkungen dieser Politik entstehen, und auf die Bedeutung der Vermögensbildung für eine Zunahme des Reallohns. Die Analyse, mit der Oberhauser die ungünstigen Wirkungen der Nominallohnpolitik nachzuweisen versucht, halte ich jedoch für nicht überzeugend. Nur auf diese Analyse beziehen sich meine folgenden Bemerkungen. Ich befasse mich mit ihr vor allem deshalb, weil sie mir ein gutes Beispiel für die Problematik der Verwendung einfacher keynesianischer Modelle zu sein scheint.

Der beste Ansatzpunkt für das Verständnis dieser Problematik dürfte der letzte Satz des dritten Absatzes in Oberhausers Aufsatz sein¹: „Mit der Höhe der Investitionen entscheiden . . . die Unternehmer als Gruppe über die Höhe ihres Einkommens in der laufenden Periode.“ Die Begründung, die Oberhauser hierfür vorträgt, ist kreislauftheoretisch auf den ersten Blick überzeugend: Da sich das Sozialprodukt aus Konsum- und Investitionsgütern zusammensetzt, muß in „Höhe des Investitionsgütervolumens . . . auf eine konsumtive Einkommensverwendung verzichtet, d. h. gespart wer-

den“. Für eine geschlossene Volkswirtschaft ohne staatliche Aktivitäten und ohne Arbeitnehmersparen ergibt sich dann die oben zitierte Schlußfolgerung von Oberhauser.

Nicht überzeugende Begründung

Doch weiteres Nachdenken zeigt, daß die Begründung für diese Schlußfolgerung weder ausreicht noch als solche überzeugt. Sie reicht nicht aus, weil mit der Feststellung eines Kreislaufzusammenhangs nicht erwiesen ist, wo die auslösende Ursache liegt. Sie überzeugt auch kreislauftheoretisch nur für den Fall, daß die Unternehmer investieren können, ohne ihren Konsum einzuschränken. Das ist ihnen aber – abgesehen vom Fall der Vermögensumschichtung oder anders ausgedrückt, der Veränderung der Zusammensetzung ihres Portfolios – nur möglich, wenn sie Kredite aufnehmen können, was Oberhauser wohl stillschweigend annimmt. Diese Annahme ist aber nicht ohne weiteres gerechtfertigt. Die Banken als wichtigster Kreditgeber müssen diese Kredite gewähren können *und* wollen. Können die Banken, auch wenn sie vielleicht ebenfalls über die günstigen Wirkungen der Investitionen auf die Unternehmerrgewinne belehrt sind und die Kredite an sich gewähren möchten, sie überhaupt gewähren? Das heißt, steht die Kreditgewährung im Belieben der Banken?

In einer Volkswirtschaft mit einem für die Erhaltung der Geldwertstabilität einigermaßen brauchbaren Geldsystem muß diese Frage verneint werden. In einem solchen Geldsystem bedarf es einer Beschränkung der

Prof. Dr. Hans Otto Lenel, 64, ist Ordinarius für Volkswirtschaftspolitik und Leiter des Instituts für Verkehrswissenschaft an der Universität Mainz.

¹ Alle Zitate stammen aus dem Aufsatz von Alois Oberhauser in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24. 4. 1981.

Kreditgewährung durch die Geldpolitik, um die Geldwertstabilität zu sichern. Oberhausers weitere These, daß „im allgemeinen nicht das Sparen über die Höhe der Investitionen“ bestimmt, sondern daß sich vielmehr „das Sparen an diese Größe(n) über Änderungen in der Einkommensverteilung“ anpaßt, könnte nur richtig sein, wenn das Sparen für die Kreditgewährungsmöglichkeiten und ihre Beeinflussung durch die Geldpolitik ohne Belang wäre. Zu dieser Auffassung kann man gelangen, wenn man die in keynesianisch geprägten Lehrbüchern zu findenden Graphiken für mehr als eine erste Annäherung hält. Solche Graphiken erlauben zwar eine Einführung in die Zusammenhänge und eine elegante Darstellung; der Komplexität der Wirklichkeit werden sie jedoch nicht gerecht. Die sich aus ihnen ergebenden Überlegungen bedürfen deshalb der Ergänzung und der Berichtigung. Das durch die Graphiken vermittelte Bild ist nur unter bestimmten, restriktiven und wenig realistischen Voraussetzungen richtig. Eine der wichtigsten Voraussetzungen ist eine elastische Kreditversorgung.

Warum die Ausführungen Oberhausers über das Sparen bei einem brauchbaren Geldsystem nicht richtig

sind, kann man schon seit fast einem halben Jahrhundert in dem Buch von Hans Gestrich „Kredit und Sparen“ nachlesen. Gestrich zeigt, wie das Sparen über die Liquidität der Banken auf deren Kreditgewährung und wie es auf die Wertpapiermärkte wirkt, daß Sparen und Investieren deshalb keine voneinander unabhängigen Größen sind und daß es zu den wichtigsten Aufgaben der Geldpolitik gehört, die Übereinstimmung zwischen geplantem Sparen und Investieren anzustreben. Oberhauser müßte zur Begründung seiner These eigentlich zunächst nachweisen, daß und warum Gestrich unrecht hatte. Denn wie können Unternehmer autonom über Investitionen bestimmen, wenn deren Finanzierung nicht ohne weiteres möglich ist?

Schwächen einfacher Modelle

Aber auch bei einer uneingeschränkten *Möglichkeit* der Banken, Kredite zu gewähren, wäre voraussichtlich für die Nicht-Banken die Finanzierung beliebiger Investitionen nicht gesichert. Die Bankiers würden nämlich auch dann (erst recht aber in den heutzutage meist verwirklichten Geldsystemen) berücksichtigen, daß Investitionen mit einer einfachen makroökonomischen Be-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Neuerscheinung

James E. Meade

TARGETS AND WEAPONS FOR DOMESTIC STABILISATION AND THE BALANCE OF PAYMENTS

Mit der vorliegenden Broschüre soll ein Vortrag einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden, den der renommierte englische Nationalökonom und Nobelpreisträger, James E. Meade, auf Einladung des HWWA-Instituts zum Auftakt einer internationalen Konferenz über Wirtschafts- und Währungsfragen im Oktober 1980 in Hamburg gehalten hat. Geprüft wird, wie die Geld-, Fiskal- und Wechselkurspolitik in Ländern eingesetzt werden muß, die gleichzeitig Defizit- oder Überschußprobleme in Haushalt und Zahlungsbilanz haben. Der Autor bietet Lösungsvorschläge an, von denen einige der internationalen Zusammenarbeit bedürfen.

DIN A 5, 34 Seiten, 1981, Preis brosch. DM 9,80

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

trachtungsweise der von Oberhauser vorgetragenen Art nicht hinreichend beurteilt werden können. Der Teil des Sozialprodukts, der ex post als Investition zu erfassen ist, investiert sich ex ante nicht gewissermaßen von selbst, wie man aus der Lektüre von Marx' Kapital, aber auch aus manchen „bürgerlichen“, makroökonomisch orientierten Aufsätzen und Lehrbüchern schließen könnte.

Nicht nur einzelwirtschaftlich, sondern auch volkswirtschaftlich kommt es nicht schlechthin darauf an, daß investiert wird, wenn Gewinne erzielt werden sollen oder das Sozialprodukt wachsen soll. Investitionen müssen vielmehr für die richtigen Produktionen, am richtigen Ort, für die richtigen Produktionsverfahren und (relativ wie absolut) im richtigen Umfang stattfinden. Die Bankiers werden sich bemühen, nur für solche Investitionen Kredite zu gewähren, bei denen diese Voraussetzungen aus einzelwirtschaftlicher Sicht erfüllt sind. Nur dann könnten auch die Unternehmervgewinne wachsen. Oberhauser betrachtet die Investitionen allein als nominelle globale Größen, wie sie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfaßt werden, die dem Grundsatz nach mit den Anschaffungs- oder Herstellkosten bewertet werden. Richtig, nämlich zu Zeit- oder Marktwerten angesetzt, ergeben sich aus unzweckmäßigen Investitionen auch für die Unternehmer als Gruppe nicht Gewinne, sondern Verluste, wenn auch in der Regel erst in einer Periode nach Fertigstellung der Investitionen.

Damit komme ich zu einer weiteren Schwäche der Verwendung einfacher Modelle dieser Art: Es wird unterstellt, daß die bei der Produktion einer Periode entstehenden Einkommen zur Nachfrage aus einem Angebot verwandt werden, das aus dieser Produktion stammt. Das ist aber heutzutage allenfalls nur in Ausnahmefällen der Fall. Bis aus der Produktion Konsum- und Investitionsgüter anfallen, verstreicht eine geraume Zeit. Die Lohneinkommen aus der Produktion werden in der Regel wesentlich früher bezogen. Der Nachfrage aus diesen Einkommen tritt ein Angebot aus der Produktion früherer Perioden gegenüber. Vorratsveränderungen spielen dabei eine wesentliche Rolle. Auch ihre Wege und wegen der zeitlichen Verschiebungen als solchen sind Schlüsse der von Oberhauser gezogenen Art nicht zulässig. Sie sind übrigens auch weder durch die Gepflogenheiten bei der Erstellung von volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen noch durch die Praxis im kaufmännischen Rechnungswesen gestützt. Löhne werden z. B. in beiden Abrechnungsverfahren in der Regel zeitlich sehr viel früher erfaßt als die Investitionen, welche u. a. im Zusammenhang mit dem Lohnaufwand anfallen. Unternehmervgewinne werden erst

realisiert, wenn die (Konsum- oder Investitions-)Güter, bei deren Erstellung sie erzielt werden, abrechnungsreif werden. Auch nachdem sie realisiert werden, ist nicht sicher, ob sie für Investitionen verfügbar sind. Unter Umständen sind sie noch gebunden, z. B. in Forderungen. Entscheidungen über Änderungen der Produktionsstruktur, z. B. Erhöhungen der Produktion von Investitionsgütern zu Lasten der Produktion von Konsumgütern, wirken sich in der Regel nicht sogleich auf das Angebot und die Preise aus.

Wenn man von dem „güterwirtschaftlichen Hintergrund“ der von Oberhauser analysierten Vorgänge zunächst absieht, zeigen sich also drei wesentliche Mängel seiner Analyse: Die Unternehmen können ihre Investitionen nicht beliebig erhöhen, weil sie sie finanzieren müssen. Sie können auch unabhängig davon ihre Gewinne durch Investitionen nicht beliebig vergrößern, weil es dafür zweckmäßiger Investitionen bedarf. Diese sind aber durch den jeweiligen Datenkranz begrenzt. Wäre es anders, so könnte ein gut geleiteter Unternehmensverband seinen Mitgliedern eine einfache Empfehlung geben: Investiert nur tüchtig, dann steigen Eure Gewinne. Es bliebe dem Verband dann nach Oberhausers Betrachtungsweise nur die Aufgabe, eine Ausgleichskasse einzurichten, aus welcher im Hinblick auf die Gewinne zu kurz Gekommene eine Entschädigung erhalten – wenn sie nur genügend investiert und so (nach Oberhauser) zu den Gewinnen der Gruppe beigetragen haben. Schließlich (und nicht zuletzt) verdeckt die Vorstellung einfacher Kreislaufzusammenhänge den komplexen zeitlichen Ablauf der Produktion in der heutigen Zeit und seine Folgen.

Güterwirtschaftliche Zusammenhänge

Oberhauser übersieht nicht, daß eine rein monetäre Analyse zu Fehlschlüssen führen kann. Er beanstandet mit Recht, „daß die güterwirtschaftlichen Zusammenhänge nicht beachtet werden; es“ fehle „an Denken in Gütern . . .“. Mit seinen übrigen Äußerungen in seinem Aufsatz scheint mir diese Haltung allerdings nicht übereinzustimmen. Um die güterwirtschaftlichen Zusammenhänge zu verstehen, versetzt man sich am besten in Gedanken in eine Naturaltauschwirtschaft. Können in solch einer Wirtschaft die Unternehmer unabhängig vom Sparen über die Investitionen und ihr Einkommen bestimmen? Voraussetzung dafür wäre, daß die für die Investitionen nötigen Produktionsfaktoren bereitstehen. Damit wäre bei Unterbeschäftigung nur zu rechnen, wenn die fachliche und die räumliche Mobilität der Produktionsfaktoren hinreichend groß ist. Was aber sollte bei Vollbeschäftigung eine nach dem Ermessen der Gruppe der Unternehmer zu bestimmende, unter

Umständen sehr große Zahl von Produktionsfaktoren, insbesondere Arbeitskräfte, veranlassen, von ihren bisherigen Verwendungsstellen abzuwandern? Die investitionslustigen Unternehmer müßten ihnen höhere Entgelte bieten, als sie bisher bezogen haben.

Das aber erschwert die Finanzierung der Investitionen (im güterwirtschaftlichen Sinn). Wenn die Unternehmer nicht selbst gespart oder frühere Ersparnisse geerbt haben bzw. andere Beteiligte mit Ersparnissen gewinnen oder andere Vermögenswerte realisieren können, müssen sie sich einen Kredit beschaffen, der sich in der Naturaltauschwirtschaft besonders klar als Verfügungsmacht über Konsumgüter erweist, mit der die Beteiligung der Produktionsfaktoren an den Investitionen zu entgelten ist. Woher aber soll dieser Kredit kommen, wenn nicht aus – unter Umständen auch früherem – Sparen? Was können die Unternehmer tun, um dieses Sparen zu veranlassen? Ich sehe nichts, das hier für Oberhausers These spricht, das Sparen passe sich „über Änderungen der Einkommensverteilung“ den Investitionen an.

Wirkungen eines Inflationsausgleichs

Diese Art der Anpassung ist uneingeschränkt nur in einer Geldwirtschaft unter den Voraussetzungen des keynesianischen Modells möglich, insbesondere bei elastischer Kreditversorgung. Wenn es keine befriedigende Geldpolitik gibt und wenn sich die Banken um ihre Liquidität nicht zu kümmern brauchen, dann könnten die investitionslustigen Unternehmer, mit *zusätzlicher* Kaufkraft ausgestattet, die nötigen Produktionsfaktoren an sich ziehen. Die Folge davon wäre aber – abgesehen von Zeiten der Unterbeschäftigung – ein inflationärer Prozeß, der in einer Wirtschaft ohne Geld nicht möglich ist. Dieser Prozeß kann aber auch dann nicht „als ein Mechanismus“ gedeutet werden, „durch den die Einkommensverteilung mit der Verwendung des Sozialprodukts in Einklang gebracht wird“. Wer durch die Inflation begünstigt und wer benachteiligt wird, hängt davon ab, wem die zusätzliche Kaufkraft zufällt und ob diejenigen, denen sie nicht zufällt, sich mit Erfolg (etwa durch Lohnerhöhungen) gegen ihre Benachteiligung wehren können.

Entgegen der Meinung Oberhausers *kann* ein in diesem Zusammenhang erreichter Inflationsausgleich wirkungsvoll sein, er braucht es allerdings nicht zu sein, und er bringt überdies die von Oberhauser angedeutete Gefahr einer weiteren Drehung der Lohn-Preis-Spirale und damit eines weiteren Inflationsstoßes mit sich. Nur wenn mit diesem Inflationsstoß die Lohn-Preis-Spirale beendet und ein weiterer Inflationsausgleich nicht gewährt wird, läuft der Inflationsausgleich eindeutig auf ei-

ne Schädigung der Arbeitnehmer hinaus – und *nicht* in jedem Fall, wie Oberhauser meint. Real stehen zwar unter diesen Umständen in der Regel „hinter den Lohnerhöhungen . . . keine (konsumierbaren) Güter“. Richtig ist, daß Lohnerhöhungen (allerdings nur bei Vollbeschäftigung!) im allgemeinen zu weiteren Preissteigerungen führen. Wird jedoch ein Inflationsausgleich nach einer Erhöhung des Preisniveaus *nicht* gewährt, so sinkt *ceteris paribus* der Reallohn auf jeden Fall.

Inwieweit diese Reallohnsenkung durch den Inflationsausgleich verhindert werden kann, hängt in einer geschlossenen Wirtschaft, wie sie Oberhauser zunächst unterstellt, von der Preiselastizität des Angebots ab, die wiederum durch die verfügbaren Vorräte und die Preiselastizität der inländischen Produktion beeinflusst wird. In einer offenen Volkswirtschaft sind außerdem die Preiselastizität des Imports und die Wirkung zusätzlicher Importe auf den Wechselkurs zu berücksichtigen. Ist das Angebot und/oder der Import noch preiselastisch, kann der Inflationsausgleich zu einer zusätzlichen Güterversorgung der Arbeitnehmer führen; sind sie unelastisch, ist nicht damit zu rechnen. Auch deshalb ist ein Lohnausgleich für die Mineralölpreiserhöhungen nicht sinnvoll. Eine auf Geldwertstabilität bedachte Zentralbank ist zwar nicht zu einer restriktiven Politik gezwungen (wie Oberhauser meint), wenn das Preisniveau steigt, sie wird aber dazu neigen. Damit ist die Gefahr einer Stagflation verbunden, selbst wenn kein Inflationsausgleich gewährt wird. Durch diesen Ausgleich wächst sie nur.

Bestimmung der Unternehmerrgewinne

Oberhauser meint, seine These für die Bestimmung der Unternehmerrgewinne durch die Investitionen erkläre auch, „warum die Unternehmerrgewinne bei sinkenden Investitionen in der Rezession sinken und bei steigenden Investitionen im Aufschwung steigen“. Er nimmt also eine klare Kausalbeziehung zwischen den beiden Größen an: Die Investitionen sind Ursache, die Gewinne Wirkung. Könnte der Kausalzusammenhang nicht auch umgekehrt sein? Vielfach wird ja angenommen, die Investitionsneigung sei von den Gewinnen abhängig. Könnte es nicht auch sein, daß eine oder mehrere weitere Größen sowohl auf die Investitionen als auch auf die Unternehmerrgewinne wirken? Jedenfalls kann mit dem obigen Zitat Oberhausers These von der Bestimmung der Unternehmerrgewinne durch die Investitionen nicht gestützt werden.

Er fährt fort, daß „die Unternehmer als Gruppe keineswegs in der Lage“ seien, „die Höhe ihrer Gewinne durch Kostenaufschläge und Preissetzung festzule-

gen“, weil die Summe der Unternehmergewinne „durch die erwähnte Güterverwendung“ (gemeint ist die Aufteilung des Sozialprodukts) determiniert sei. Ob sie dazu in der Lage sind, hängt in einer Geldwirtschaft von der Relation zwischen der monetären Nachfrage und dem Angebot zu den bisherigen Preisen ab. Steigt diese Nachfrage durch einen inflationären Prozeß, so erhöhen sich die Möglichkeiten für „Kostenaufschläge und Preissetzung“. Dieser Prozeß *kann* seine Ursache in der Art der Investitionsfinanzierung haben; aber das ist nur eine von mehreren Möglichkeiten.

Einfluß von Leistungsbilanzsalden

Später hebt Oberhauser seine zu Beginn des Aufsatzes getroffenen Annahmen (geschlossene Volkswirtschaft, keine staatlichen Aktivitäten, kein Arbeitnehmersparen) auf. Er meint, daß die Variation nicht zu grundsätzlichen Änderungen, sondern lediglich zu Modifikationen seiner Aussagen führe. „Staatsverschuldung und Leistungsbilanzsalden wirken wie Veränderungen der privaten Investitionen, da im Umfang dieser drei Größen vom privaten Bereich auf Konsum verzichtet werden muß.“ Der Satz ist zumindest ungenau, da bei einem Leistungsbilanzdefizit nicht auf Konsum verzichtet werden muß. Weitere Erläuterungen gibt Oberhauser hierzu jedoch nicht; er schränkt diese These auch später nicht ein. Der internationale Kapitalverkehr bleibt ganz außer Betracht.

Vernachlässigt werden auch die Beziehungen zwischen Leistungsbilanzsaldo und (Nominal- und Real-) Lohnhöhe. Steigen aber im Inland die Löhne, dann wird dadurch *ceteris paribus* wegen der Nachfragewirkung der Lohnerhöhung der Import tendenziell angeregt werden (wenn nicht wegen ihrer Beschäftigungswirkung eine Zunahme der Lohnsumme unterbleibt) und wegen der Kostenwirkung der Lohnerhöhung der Export tendenziell gebremst werden. Ein Leistungsbilanzüberschuß wird also abnehmen oder sich in ein Defizit verwandeln, und ein Leistungsbilanzdefizit wird wachsen. Der von Oberhauser allein erfaßte Fall eines zunehmenden Leistungsbilanzüberschusses ist dann unwahrscheinlich. Kann man sich unter diesen Umständen auf die Bemerkung beschränken, Leistungsbilanzsalden wirkten wie Investitionsveränderungen?

Bekämpft die Wirtschaftspolitik Scheinprobleme?

Lägen die Dinge so einfach, wie sie Oberhauser sieht, dann könnte man sich manche gegenwärtigen Probleme der Bundesrepublik Deutschland nicht erklären und müßte auch an der Richtigkeit ihrer Lösung zweifeln. Das Leistungsbilanzdefizit würde zusätzlichen Konsum erlauben und könnte deshalb gar nicht

bedenklich sein, wenn man es – Oberhausers Analyse folgend – schlechthin als einen Vorgang deuten könnte, der einer Verringerung der Investitionen ähnlich ist und um dessen Finanzierung man sich deshalb nicht zu kümmern brauchte, vielleicht nicht einmal kümmern könnte. Die Staatsverschuldung würde die Bürger zum Sparen zwingen; der Finanzminister könnte und brauchte sich nicht im Ausland nach Gläubigern zur Finanzierung seines Defizits umzusehen.

Man müßte sich andererseits bei einer solchen Deutung aber auch nach dem Sinn der derzeitigen Zinspolitik der Bundesbank fragen, wie das in der Tat manche keynesianisch beeinflusste Nationalökonomien tun. Mit der Finanzierung des Leistungsbilanzsaldos durch Kapitalimporte ließe sich diese Zinspolitik nicht rechtfertigen, wenn Oberhausers Betrachtungsweise ausreichend wäre. Welchen Sinn hätte es dann, daß die Bundesbank mit ihrer Politik die Zinslast des Staates (oder auch der Bundesbahn) erhöht, da der Staat doch seine Bürger zum Sparen entsprechend seiner Verschuldung zwingen kann? Warum beklagen die Gegner dieser Politik auf der anderen Seite ihre ungünstige Wirkung auf die Beschäftigung, wenn doch, falls Oberhauser recht hätte, die Unternehmer als Gruppe – wohl auch unabhängig von der Zinshöhe? – die Investitionen bestimmen können?

Sparen ohne Konsumverzicht?

Ähnlich unbefriedigend ist die Einführung des Arbeitnehmersparens in die Analyse Oberhausers. Zunächst kann ich ihm dabei noch folgen: Wenn die Arbeitnehmer sparen, „so finanzieren sie einen Teil der Investitionen (und der Staatsverschuldung) und bilden insoweit Vermögen“. Aber darauf folgen fünf nach meiner Meinung problematische Sätze: „Im allgemeinen steigen die Investitionen durch ein solches Sparen nicht; denn warum sollten die Unternehmer mehr investieren, wenn die nominelle Nachfrage nach Konsumgütern aufgrund der Ersparnisse sinkt und die Gewinne abnehmen. Auf der anderen Seite geht aber auch das Konsumgütervolumen nicht zurück. Die Arbeitnehmer brauchen als Gruppe trotz ihres Sparens nicht weniger zu konsumieren. Es tritt lediglich eine Einkommensumschichtung zu ihren Gunsten ein. Sie sparen ohne Konsumverzicht – allerdings eben nur als Gruppe und nicht der einzelne Arbeitnehmer, der spart.“

Der Leser sollte sich an dieser Stelle daran erinnern, daß Oberhauser für eine güterwirtschaftliche Betrachtungsweise eintritt. Jetzt wird noch deutlicher, daß er sich *de facto* von der Betrachtung monetärer Globalgrößen aber nicht trennen kann. Wie ist es – güterwirtschaftlich gesehen – möglich, daß eine Gruppe ohne

Konsumverzicht (gemeint ist wohl Konsumaufschub) sparen kann, den einzelnen Angehörigen dieser Gruppe dieses Glück aber nicht zuteil wird? Implizit unterstellt Oberhauser wohl einen durch das Sparen bewirkten deflationären Prozeß, aus dem auch denjenigen Konsumenten Vorteile in Gestalt niedrigerer Konsumgüterpreise erwachsen, die nicht im Zusammenhang mit dem geplanten Sparen Konsumansprüche zurückstellen. Ist ein solcher Prozeß unter den heutigen Umständen wahrscheinlich, und kann damit die These hinreichend begründet werden, nicht der einzelne Arbeitnehmer spare, wohl aber die Gruppe, zu der er gehört? Sparen ohne Konsumaufschub gibt es ex definitione nicht.

Die Wirklichkeit ist komplexer

Den Beweis für die These, das Konsumgütervolumen gehe nicht zurück, bleibt Oberhauser schuldig. Was sollte die Unternehmer veranlassen, in einem deflationären Prozeß ihr Angebot *grundsätzlich* nicht anzupassen? Eine solche Anpassung wäre ja vorübergehend auch durch Erhöhung der Vorräte möglich. Nun zum ersten Satz des letzten Zitats: Wenn Verluste eintreten, ist eine Zunahme der Erweiterungsinvestitionen unwahrscheinlich, eine Zunahme der Verbesserungsinvestitionen aber nicht ausgeschlossen. Es ist aber auch möglich, daß die Investitionen zurückgehen. Man kann also nicht schlechthin von gleichbleibenden Investitionen ausgehen. Soll auch für einen Rückgang der Investitionen die These gelten, daß die Unternehmer mit ihren Investitionen ihr Einkommen als Gruppe selbst bestimmen, ihren Einkommensminderungen also entgegen könnten, wenn sie mehr investierten?

Wenn bei Vollbeschäftigung Investitionen zunächst ohne Sparen finanziert werden und dann dieses Sparen (hier der Arbeitnehmer) einsetzt, wird dessen tenden-

ziell deflationäre Wirkung bei *gegebenen* Investitionen zunächst die tendenziell inflationäre Wirkung der früheren Investitionsfinanzierung ohne Sparen ausgleichen. Die Konsumgüterpreise werden also dann zunächst nicht sinken, sondern nur weniger steigen. Wie das Resultat dieser gegenläufig wirkenden Tendenzen letztlich aussehen wird, hängt insbesondere von dem Gewicht der beiden Einflüsse und ihrer zeitlichen Folge ab und läßt sich allgemeingültig nicht vorhersagen. Hier zeigt sich die ungünstige Wirkung der von Keynes eingeführten Annahme, Sparen und Investieren seien voneinander unabhängige Größen. Sehr wohl kann zwar ein plötzlicher, starker Ausfall von Konsumgüternachfrage durch Sparen die Investitionen unter das bisherige Niveau drücken. Aber mit welcher Begründung kann man mit Anspruch auf Allgemeingültigkeit annehmen, daß einerseits Investitionen (trotz der Notwendigkeit der Geldpolitik) schlechthin ohne freiwilliges Sparen finanziert werden können und daß andererseits Sparen immer stoßweise und deshalb mit schwerwiegenden Anpassungsproblemen eintritt? Welche deutschen Erfahrungen seit 1948 sprechen beispielsweise dafür?

Oberhauser schließt mit einer Quantifizierung seiner Thesen. Die Schäden der von ihm angegriffenen Nominallohnpolitik für die Arbeitnehmer beziffert er, je nach der konjunkturellen Situation, auf 20 bis 60 Millionen (ist, gemeint Milliarden?) DM jährlich, den Vorteil aus einer Neuorientierung der Lohnpolitik für die Arbeitnehmer auf „hohe Milliardenbeträge“. Zu solchen Berechnungen verleitet wohl das Denken in einfachen Modellzusammenhängen. Ich zweifle nicht an den Nachteilen einer allein an den Nominallöhnen orientierten Politik und an den Vorteilen einer Neuorientierung der Lohnpolitik, aber ich bezweifle, daß man sie *ex ante* für die komplexe Wirklichkeit einer modernen Volkswirtschaft beziffern und nach dem Verfahren von Oberhauser begründen kann.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Armin Gutowski, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmah)l)

REDAKTION:

Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

VERTRIEB:

manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung, Postfach 11 10 60, 2000 Hamburg 11, Tel.: (0 40) 30 07 624

Bezugspreise: Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement DM 80,- (Studenten: 40,-)

VERLAG UND HERSTELLUNG:

Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 500

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 7. 1974

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Wunsch, 8430 Neumarkt/Opf.